

## **VERFOLGUNG VON MENSCHENRECHTSVERTEIDIGERN IN GUATEMALA**

Von 1962 bis zum Dezember 1996 durchlebte Guatemala einen tragischen Bürgerkrieg, dessen verheerende Folgen auf mehr als zweihunderttausend Opfer, Tote und Verschwundene geschätzt worden sind. Es ist notwendig, bekannt zu machen, was wirklich geschah. Die Wunden, die der bewaffnete Konflikt in Guatemala hinterlassen hat, sind tief und betreffen alle. Ihre Heilung ist eine notwendige und dringende Aufgabe und zwar nicht nur für diejenigen, die diese Verletzungen erlitten haben oder Zeuge dieser Taten wurden, sondern auch für die kommenden Generationen, damit so ein Weg zur Versöhnung eingeschlagen werden kann.

Im Rahmen ihres Engagements für die indigene Bevölkerung bemüht sich die Stiftung Rigoberta Menchú, eine gerichtliche Verfolgung und Bestrafung der verübten kollektiven Tötungen zu erreichen. So betrieb die Stiftung im Jahre 1995 auch das Verfahren wegen des an Indianern verübten Massakers in der Finca Xaman. Sie unterstützte ebenfalls das Verfahren wegen des Massakers in der Finca dos Erros, die Prozesse zur Suche nach Verschwundenen sowie die Exhumierungen, die vom Dachverband der Bürgerkriegs-Witwen Guatemalas vorangetrieben werden.

Gegen Ende des Jahres 1999 reichte Rigoberta Menchú in Spanien eine Anzeige wegen des Völkermordes in Guatemala ein. Dabei wurde sie von einigen Rechtsanwälten beraten, zu denen auch ich gehörte. Einer der Hauptbeschuldigten war der General Efraín Ríos Montt. Durch diese Anzeige gerieten wir direkt mit der vorherigen Regierung, deren oberstem Führer Ríos Montt und den Militärs in Konflikt.

Von 1995 bis zum vergangenen Jahr arbeitete ich zusammen mit anderen Rechtsexperten in der fachlichen Leitung mit, die für diese Prozesse zuständig war.

Das Betreiben dieser Verfahren stellt ein latentes Risiko dar. Durch die in Spanien eingereichte Anzeige wurde die Bewegungsfreiheit der betroffenen Militärs eingeschränkt. Darüber hinaus bestand die Möglichkeit, dass zu einem beliebigen Zeitpunkt internationale Haftbefehle gegen sie erlassen und sie von einem Gericht vorgeladen werden.

Durch diese Aktionen fühlten sich die Militärs gestört und sie begannen, die Mitarbeiter der Stiftung Rigoberta Menchú zu unterdrücken, zu verfolgen und zu belästigen. Dies ging soweit, dass 500 Meter vom Sitz der Organisation der für die Stiftung sehr wichtige Hauptbuchhalter Guillermo Ovalle exekutiert wurde. Es gab einen Versuch, die Tochter des stellvertretenden Exekutivdirektors zu entführen sowie einen physischen Angriff gegen meine Person.

Danach mussten wir zwei Jahre lang mit ständigen Kontrollen an den Einrichtungen unserer Organisation, telefonischen Drohungen, sowie Verfolgungen bei unserer Fahren im Land und in der Hauptstadt leben. Hinzu kamen Belästigungen, die von nächtlichen Schüssen vor der Tür meines Hauses bzw. in unmittelbarer Nähe, über in der Nähe der Wohnung postierte Militärfahrzeuge bis hin zum Abhören des Telefons usw. reichten.

Als ich am 05. Juli 2002 gegen elf Uhr vormittags von einem Verhandlungstermin zum Massaker von Xaman zurückkehrte, wurde ich knapp 10 Meter vor der Tür zu den Einrichtungen der Stiftung Rigoberta Menchú von einem Mann brutal überfallen. Zunächst versuchte er, mir das Genick zu brechen. Er konnte mich jedoch nur am Hals verletzen, da ich mich zur Wehr setzte und so seinen Versuch, mich umzubringen, vereitelte.

Das Motiv war keinesfalls Diebstahl. Der Angreifer versuchte zu keinem Zeitpunkt, mir meine Handtasche, die an meiner linken Schulter hing, bzw. meinen Aktenkoffer wegzunehmen, in dem sich Unterlagen der laufenden Gerichtsprozesse gegen das Militär befanden. Nichts davon wurde gestohlen.

Dieser Angriff wurde bei der nationalen Zivilpolizei, der Staatsanwaltschaft, der Anwaltschaft für Menschenrechte und der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte angezeigt, die dann Schutzmaßnahmen für die Stiftung und ihre Mitarbeiter anwies.

Mein Fall wurde jedoch nicht mit der erforderlichen Ernsthaftigkeit untersucht. Bis zum heutigen Datum liegt kein Polizeibericht vor, denn es wurden überhaupt keine Ermittlungen durchgeführt. Ich wurde mehrmals verhört. Dabei fühlte ich mich aber immer mehr selbst angegriffen. Man versuchte, mich durcheinander zu bringen und die Tatsachen zu widerlegen. Es war eine erniedrigende Behandlung.

Regierung und Militär könnten sich durch meine Tätigkeit als Rechtsanwältin bei der Stiftung Rigoberta Menchú aus verschiedenen Gründen gestört fühlen. Ich habe von dort Prozesse vor nationalen und internationalen Instanzen geführt. Dazu gehört der Fall des Massakers von Xaman, das 1995 durch eine Militärstreife des Heeres verübt wurde, die in ein Indianerdorf eindrang, in dem Rückkehrer lebten, welche aufgrund des Bürgerkrieges nach Mexiko geflohen waren. Bei diesem Massaker wurden 11 Personen umgebracht und 37 weitere verletzt. Zu diesen Opfern zählten vor allem Frauen, Kinder und ältere Menschen.

Das Massaker von Xaman hat die Geschichte Guatemalas in verschiedener Hinsicht geprägt. Ich möchte hier den Aspekt nennen, den ich für den wichtigsten halte und von dem ich annehme, dass das Militär deshalb mir gegenüber eine Rechnung offen hat. Dabei wurde zum ersten Mal das Prinzip in Frage gestellt, nach dem die Militärgerichtsbarkeit für die Aufklärung von allgemeinen Straftaten zuständig ist, die von Militärangehörigen begangen wurden. Diese Klage zog eine Gesetzesänderung und die Schließung der Militärgerichte nach sich.

Als wir den Xaman-Prozess betrieben, wurden gegen meine Person mehrere Angriffe verübt, die man als Attentate geringer Intensität beschreiben könnte und mich dazu zwangen, in der Phase der Hauptverhandlung Personenschutz zu beantragen. In konnte mich nicht bewegen, ohne verfolgt, kontrolliert und belästigt zu werden.

Im September 2002 ging bei meinem Vater eine Todesdrohung ein. Vierzehn Tage danach erfuhren wir, dass eines Abends mehrere bewaffnete Männer eintrafen und Schüsse zu hören waren. Am folgenden Tag stellte sich heraus, dass sie den Wachmann erschossen hatten. Ich bin mir nicht sicher, ob sie ihn mit meinem Vater verwechselt haben oder mein Vater dadurch nur terrorisiert werden sollte. Zu diesem Fall fanden nie Ermittlungen statt und bis heute ist nicht bekannt, wer dafür verantwortlich war.

Im Oktober 2002 wurde mein Schwager mit einer Schusswaffe bedroht und seiner persönlichen Gegenstände beraubt. 15 Tage später raubte man meiner Nichte unter Androhung von Waffengewalt ihren Wagen und ihre Personaldokumente.

Im gleichen Monat wurden zwei meiner Nichten - 9- bzw. 12-jährige Mädchen - jeden Morgen beim Einsteigen in den Schulbus überwacht, so dass ich immer mehr befürchten musste, dass man sie irgendwann entführen würde.

All diese Situationen waren und sind eine Art psychologischer Folter, die mich nicht in Ruhe leben lassen. Zwar habe ich als Juristin persönlich das Risiko auf mich genommen, als Rechtsberaterin an Prozessen gegen Militärs mitzuwirken, jedoch kann ich dieses Risiko nicht auch noch auf meine Familie ausweiten.

Ausschlaggebend für meinen Entschluss, das Land zu verlassen, war schließlich die Belästigung meiner Familie sowie die ständigen Kontrollen, Bedrohungen und Belästigungen gegen mich selbst. All dies zwang mich schließlich, am 26. Januar 2003 auszureisen.

Dank der Bemühungen einiger spanischer Kollegen, die meine Situation kannten und bei einigen Universitäten um Unterstützung gebeten hatten, wurde mir mitgeteilt, dass ich an einer spanischen Universität zum Doktorandenstudium zugelassen war und ich erhielt ein Stipendium, das meinen Lebensunterhalt und die Studiengebühren für ein Jahr decken würde.

Aufgrund meiner Lage und der dringenden Notwendigkeit, das Land zu verlassen, nahm ich diesen Vorschlag an und reiste sofort aus. Als einzige Unterstützung erhielt ich dabei ein Flugticket, das eine andere Solidaritätsorganisation für mich gezahlt hatte.

Auch nach meiner Ausreise war meine Familie weiteren Belästigungen ausgesetzt. Am 15. Juni 2003 drangen zwei Bewaffnete in die Wohnung meiner Eltern ein, bedrohten sie und einer der Männer schlug meinen Vater mit einer Waffe auf den Kopf. Sie zwangen ihn, sein Portemonnaie mit den Ausweisen auszuhändigen und nahmen auch sein Auto mit, das allerdings einige Stunden nach dem vorgeblichen Raubüberfall wiedergefunden wurde. Meine Eltern befinden sich zur Zeit außerhalb des Landes.

Im Juli 2003 wurde der Wagen meiner Schwester vor dem Haus meiner Eltern gestohlen. Man begann, ihr Wohnhaus zu kontrollieren und zu überwachen. Einige Männer gaben Schüsse vor ihrer Wohnung ab. Danach wurde sie der Steuerhinterziehung beschuldigt. Ihrem Verteidiger wurde die Einsichtnahme in die Akten verwehrt. In der Nachbarschaft streute man Verleumdungen gegen sie aus. Schließlich hieß es, dass alles ein Irrtum gewesen wäre. Das Gerichtsverfahren gegen sie läuft jedoch weiter.

Im Fall meiner Schwester handelt es sich um eine Verleumdungskampagne sowie um Belästigungen, Kontrollen und um eine Überwachung für etwas, das es gar nicht gibt. Man versucht, einen unschuldigen Menschen zu kriminalisieren.

Im Oktober 2003 erhielt ich eine Drohung per E-Mail, in der es hieß, dass man meinen Aufenthaltsort kenne, ich überwacht werde und nicht vergessen sollte, dass meine Familie noch in Guatemala ist.

In vielen Ländern ist es nicht Bestandteil der staatlichen Politik, ausländischen Fachleuten mit derartigen Problemen die Tür zu öffnen, ihren Aufenthalt einfach und ohne so umfangreiche Formalitäten zu regeln sowie eine Arbeitserlaubnis zu erteilen.

Es ist unbedingt notwendig, ein Netzwerk zur Unterstützung in derartig dringenden Situationen aufzubauen, um sofort und ohne die oft verlangten, zahlreichen Vorbedingungen reagieren zu können. Als Asylant empfangen zu werden, ist erniedrigend. Man sollte uns als die juristischen Fachleute aufnehmen, die wir auch sind, und uns eine würdige Arbeit bzw. Hochschulbildung ermöglichen.

Die politische Lage in meinem Heimatland ist nach wie vor unsicher. Eine Rückkehr wäre unverantwortlich, denn angesichts des fortbestehenden Risikos, liefe ich dann Gefahr, umgebracht zu werden.

Es gibt kein Recht für die in meiner Heimat wirkenden, verborgenen Mächte, die meine Familie belästigen und mein Leben durcheinander bringen bzw. zerstören, weil ich anders denke, gegen die Straflosigkeit kämpfe, die Menschenrechte verteidige und Gerichtsverhandlungen sowie Strafen für den Völkermord in Guatemala verlange.

Ich hoffe, dass die deutschen Kollegen Möglichkeiten finden, um denjenigen ihrer Kollegen beizustehen, die weltweit in ähnlichen Situationen verfolgt werden.